

VORWORT DER HERAUSGEBER

Der bekannte Geopolitiker Paul Kennedy ("Aufstieg und Fall großer Mächte") leitet die gesamte sicherheitspolitische Entwicklung aus den Wirtschaftsverhältnissen ab. Jedenfalls sind wirtschaftliche Vorgänge heute mehr denn je sicherheitspolitisch relevant; im Zeitalter der Globalisierung und der für den Laien geradezu unvorstellbaren Modernisierung der heutigen und künftigen Kriegsführung gewinnt der Zusammenhang von Wirtschaften und Sicherheitspolitik an Bedeutung.

Unter Wirtschaftskrieg versteht man friedliche Maßnahmen zweier konkurrierender Wirtschaftsmächte. Aber aus wirtschaftlichen Gründen sind tatsächlich schon Kriege geführt worden und derzeit ist der Zusammenhang zwischen der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen mit politischen Maßnahmen zur Sicherung der nationalen Sicherheit unübersehbar.

Der damalige US-Außenminister Warren Christopher schrieb 1994, daß die transatlantische, also die USA und Europa betreffende Sicherheit, nicht nur von politischer und militärischer Kooperation der Amerikaner und Europäer abhängt, sondern auch und insbesondere vom Erfolg der wirtschaftlichen Reformmaßnahmen (International Herald Tribune, 10.01.1994). Dabei ging es sowohl um die Stimulanz der jeweiligen Volkswirtschaften als auch um die Verbesserung der handelspolitischen Beziehungen. Handels- und Währungspolitik sind strategische Fragen und der Kampf um die ökonomische Vorherrschaft ist vor dem Hintergrund sicherheitspolitischer Maßnahmen und militärischer Vorkehrungen zu sehen. Diesem Faktum trägt der Beitrag von Jens van Scherpenberg Rechnung, der aufgrund einer Analyse von „Wirtschaft und Sicherheit im euro-amerikanischen Kraftfeld“ zur Perspektive des kommenden „transatlantischen Jahrhunderts“ gelangt. Wirtschaft und Sicherheit verhalten sich nicht substitutiv, vielmehr bedingen sie einander - lautet Scherpenbergs Ausgangsthese. Dies belege vor allem der Umstand, daß die Position der USA als militärische und sicherheitspolitische Supermacht nicht von ihrer Position als „Hauptgewinner der Globalisierung“ zu trennen ist. Wie eng die Verschränkung von Sicherheitspolitik und Wirtschaft ist, davon zeugt im Falle der USA auch der Umstand, daß die amerikanische Vorrangstellung im Technologiebereich durch die hohe Priorität bedingt ist, welche der Sicherstellung bezüglich ihrer rüstungstechnologischen Überlegenheit eingeräumt wird. Obwohl sich die Wertigkeiten sowohl hinsichtlich Wirtschaftskraft als auch Technologieführerschaft von der Prognose eines kommenden „europäischen bzw. asiatischen Jahrhunderts“ hin zu einem „zweiten amerikanischen Jahrhundert“ verlagerten, hält Scherpenberg die Zeit des „hegemonialen Unilateralismus“ für abgelaufen: Aufgrund der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration Europas werden die USA mit einem „transatlantischen ökonomischen Bipolarismus leben müssen“. Eine aktive ökonomische Rivalität zwischen der EU und den USA hält Scherpenberg für unwahrscheinlich, da derzeit in den USA innenpolitisch der größere Rückhalt für die Betonung der Supermacht-Rolle im militärisch-sicherheitspolitischen Bereich vorhanden sei. „Der EU dürfte deshalb die Aufgabe zukommen, den USA vor Augen zu führen, daß das Konzept geteilter Souveränität im weiten Bereich der wirtschaftlichen Ordnungspolitik sich sehr wohl verträgt mit ihrer Rolle als alleinige sicherheitspolitische Supermacht.“ – so lautet die Schlussfolgerung des Aufsatzes von Scherpenberg.

Sicherheitspolitik kann heute nicht mehr in Abkoppelung von der wirtschaftlichen Entwicklung und den wirtschaftlichen Möglichkeiten gesehen werden, weshalb auch die Wirtschaftspolitik sich ihrer Bedeutung und Funktion für die internationale Sicherheitspolitik stärker bewußt werden soll.

Seit den siebziger Jahren unseres Jahrhunderts besitzt die Globalisierung der Weltwirtschaft zunehmende Relevanz in den ökonomischen Entwicklungen, aber auch in der theoretischen Diskussion über ihre Folgen und Auswirkungen. Die Verflechtung nationaler Volks-

wirtschaften mit globalen Märkten impliziert einen globalen Wettbewerbsdruck, auf den viele Staaten mit einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel antworteten, der allgemein mit den Paradigmen Deregulierung, regionale Kooperation und Neoliberalismus umschrieben werden kann. „Globale Märkte“ werden von Stefan A. Schirm in seinem Beitrag „Wie beeinflusst die Globalisierung der Weltwirtschaft die nationale Politik?“ als Prozeß zunehmender globaler Verflechtung von Märkten und nationalen Ökonomien definiert, der der wettbewerbsorientierten Interaktion privatwirtschaftlicher Akteure unterliegt und steigende Faktormobilität bei sinkenden Transaktionskosten aufweist. Der „modus operandi“ der globalen Märkte unterscheidet sich dadurch von internationalen staatlichen Beziehungen, daß er nicht von nationalen Grenzen und Interessen bestimmt wird, sondern von der Logik des Marktes. Die mit der Globalisierung verbundene Denationalisierung der Ökonomien wird in ihren Folgewirkungen unterschiedlich beurteilt: Den Negativprognosen, die das Ende nationalstaatlicher Souveränität, verbunden mit einem Einbruch des Wohlfahrtsstaates befürchten – bis hin zur These Guehennos¹, der durch die globale „wirtschaftliche Revolution“ das Ende der Epoche der Nationalstaaten, eine Krise des räumlich bestimmten Machtbegriffes und im Zusammenhang damit die Auflösung politischer Entscheidungsfindungen und so das Ende von Demokratie und Politik im neuen Zeitalter der „Komplexität“ prophezeit, stehen positive Bewertungen der Globalisierung gegenüber, die Wachstumsimpulse, Innovationen und eine effizientere Nutzung von Ressourcen erwarten. Diese positive Sicht geht soweit, daß durch die Liberalisierung der Märkte, einhergehend mit regionaler Kooperation, Interdependenz und grenzüberschreitenden Investitionen auch die Lösung sicherheitspolitischer Spannungen und Problemlagen erwartet wird, da das immer dichter werdende Netzwerk des internationalen Handels, sowohl wechselseitige Abhängigkeiten als auch Vorteile impliziert, welche sich gegenüber militärischen Konfrontationen durchsetzen werden.²

Zunehmende Denationalisierung der Politik und Abschwächung staatlicher Souveränität durch Interdependenz werden auch vom Politologen Ernst-Otto Czempiel als Prozesse identifiziert, die im Begriff der Globalisierung „mitschwingen“. Die Souveränität und Steuerungsfähigkeit der Staaten sieht Czempiel nicht nur durch die Prozesse der Interdependenz überwölbt, sondern auch durch die Interaktionen transnationaler gesellschaftlicher Akteure unterlaufen, weshalb der Staat an Handlungsfähigkeit verliere. Als Lösungsmöglichkeit für die Problematik der zahlreichen gesellschaftlichen Akteure, welche - der staatlichen Kontrolle entzogen - selbständig handelnd im internationalen System bestimmend werden, schlägt Czempiel das Modell von „Governance“ vor, das dem Konsensprinzip unterliegt. Dieses Modell ist dem Korporatismus entlehnt, der im innerstaatlichen Bereich zwischen Regierung und den unterschiedlichen Interessensgruppierungen praktiziert wird und sieht im internationalen System die Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zur Lösung von Sachfragen vor. Dieses Modell des „Governance“ hält Czempiel für erfolgversprechend, verweist aber auf die Problematik einer möglichen Entdemokratisierung, da es schwierig erscheint, Elemente demokratischer Kontrolle in dieses einzubauen.

Die These Guehennos vom Ende der nationalstaatlichen Epoche, in einer durch Globalisierung vernetzten Welt, in welcher territoriale Bestimmtheiten keine adäquaten Kategorien mehr seien, wird von Werner Link bestritten und mit der Gegenthese der sowohl internen als auch externen Anpassungsfähigkeit der Territorialstaaten beantwortet. Nach Link impliziert diese Anpassungsfähigkeit zweierlei: Erstens den Regionalismus als konstruktive Antwort der

1 Jean-Marie Guehénno, Das Ende der Demokratie, München 1994.

2 Eine Studie der Cambridge Energy Research Associates, Daniel Yergin, Dennis Eklof, J. Jefferson Edwards, „Asian Energy Needs and Security Implications“ des International Institute for Strategic Studies, September 1997, verweist in diesem Zusammenhang auf den Bruch bzw. das gegenseitige Unverständnis zwischen den Einschätzungen von Sicherheitspolitikern und jenen der Ökonomen und sucht eine Synthese beider Sichtweisen zu leisten.

Staaten auf die Globalisierung, die nach Link „im Kern“ eine „Regionalisierung“ ist. Links diesbezügliche These lautet. „Aus der Logik von Globalisierung und Regionalisierung folgt die Logik des politischen Regionalismus.“ Zweitens die Fortdauer von Hegemonialbestrebungen und Versuchen der Gegenmachtbildung in der Weltpolitik. „Solange aus der regionalen Kooperation und Integration kein neues föderales Staatsgebilde entsteht, ersetzt der Regionalismus das nationalstaatliche Prinzip nicht, sondern bestätigt und stärkt es.“ - aus dieser These folgt nach Link, daß die Großmächte in den jeweiligen Regionen die „Schrittmacher“ der regionalen Zusammenarbeit bzw. Integration sein werden. „An der Wende zum 21. Jahrhundert ist die Machtverteilung zwischen den Großmächten im militärisch-geopolitischen Bereich quasi-unipolar, im geo-ökonomischen Bereich multipolar - mit einer herausragenden Stellung der USA.“ Aus dieser Analyse kommt Link zur Conclusio, daß die Tendenz zum Unilateralismus im internationalen System nach wie vor gegeben ist, obgleich von den „Konkurrenten“ der USA - China, Rußland und der EU ein multipolares Gleichgewicht angestrebt wird.

Daß eine prognostizierte Wachstumsabschwächung in den Vereinigten Staaten den „weltwirtschaftlichen Antriebsmotor“ ins „Stocken“ bringen könnte, ist Ausgangspunkt der Analyse von Peter Nunnenkamp, welcher die wirtschaftspolitischen Strategiedefizite der führenden Industrieländer untersucht. Die politische Basis für eine liberale Handelspolitik erachtet Nunnenkamp als äußerst fragil, da die Gefahr virulent ist, daß Handelspolitik zunehmend von Partikularinteressen seitens der Lobbyisten gesteuert wird. Nunnenkamps diesbezügliche These lautet, daß eine multilaterale Liberalisierungsinitiative angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrisen, die gehäuft auftreten, sowie der hohen Arbeitslosenraten in wesentlichen Bereichen der Weltwirtschaft, unabdingbar erscheint. Nunnenkamp warnt vor „regionalen Blockbildungen“, denen nur durch eine neue Handelsrunde im Rahmen der WTO entgegengewirkt werden könnte, wodurch das Risiko begrenzt würde, daß „das multilaterale Handelsprinzip der Meistbegünstigung durch Regionalisierung weiter ausgehöhlt wird.“ Nach Nunnenkamp obliegt es in erster Linie den Vereinigten Staaten und der EU, dem Teufelskreis von Rezessionstendenzen und Protektionismus durch entschiedene Liberalisierungstendenzen entgegenzuwirken, wobei die wesentliche diesbezügliche Herausforderung darin bestehe, durch ein „Offenhalten der Märkte“ einen weiteren Einbruch der krisengeschüttelten Schwellen- und Entwicklungsländer zu vermeiden. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang Nunnenkamps These, daß die Forderung nach Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards in den Entwicklungsländern oft eine Verschleierungstaktik der Industriestaaten ist, um sich vor einem „angeblich unfairen Wettbewerb schützen zu wollen.“ „Es ist weder gerechtfertigt noch zielführend, Sozial- und Umweltstandards, die die Industrieländer für angemessen halten, als allgemeinverbindlich zu erklären und schwächere Handelspartner mit Handelssanktionen zu belegen, wenn sie diese Standards nicht einhalten.“ - so Nunnenkamp. Die kontraproduktiven Auswirkungen wirtschaftlicher Sanktionen analysiert Peter Rudolf in einem Aufsatz, der die Irak-Sanktionen einer kritischen Untersuchung unterzieht und auch die ethischen Dimensionen in Erwägung zieht: Gemäß einer im Jänner 1998 veröffentlichten UNICEF-Studie leidet eine Million Kleinkinder im Irak an extremer Unterernährung. Nach Rudolf habe generell folgendes zu gelten: „Sanktionen, die auf den Sturz eines Regimes mit funktionierendem Unterdrückungsapparat und fehlenden Freiräumen für Opposition zielen, sind aufgrund ihrer äußerst geringen Erfolgsaussichten dann moralisch extrem problematisch, wenn die humanitären Konsequenzen schwerwiegend sind.“ Die gegenwärtige Sanktionspolitik der USA gegenüber dem Irak sei ausschlaggebend dafür, daß auch das Instrument der multilateralen Sanktionen im Rahmen der Vereinten Nationen durch diese Delegitimierung im Sicherheitsrat kaum noch Zukunftschancen haben werde.

Auf die Ursachen der Wirtschaftskrise in Südostasien und ihre sicherheitspolitischen Implikationen geht Urs Schöttli ein. Er verweist darauf, daß die Asienkrise die erste großflächige Wirtschaftskrise im Zeitalter der Globalisierung von internationalen Finanzmärkten ist. Ursa-

chen und Folgewirkungen erfahren divergierende Einschätzungen: Die Asienkrise wird einerseits als willkommene Korrektur von Fehlentwicklungen, verursacht durch ineffiziente Eliten und Regierungen, im Sinne einer positiven Beurteilung der Globalisierung kommentiert, andererseits als verantwortungsloser Amoklauf von Spekulantentum und Gewinnmaximierung, wie er nur im Zuge der Globalisierung möglich wurde. Als diesbezügliches Beispiel wird von Schöttli der malaysische Premierminister Mahatir angeführt, welcher die Schuldfrage im Währungsspekulantentum in der Person von George Soros suchte bzw. in einer Verschwörungstheorie von internationalem Ausmaß. Nach Schöttli ist die Schuldfrage jedoch in gravierenden Mißständen der asiatischen Wirtschaftsstruktur zu suchen: Die im Westen vielgepriesene „Clanstruktur“ Asiens führte zu Protektionismus. Weiters wurde in Zeiten des „Booms“ das Währungsrisiko sträflich vernachlässigt - da die US-Zinssätze im Vergleich zu den einheimischen sehr tief waren, wurde es lukrativ, sich in US-Dollar zu verschulden. Im Zusammenhang mit dem enormen ausländischen Kapital, das in diese Länder floß, boten all diese Schwachstellen Ansatzpunkte für Währungsspekulationen an den internationalen Devisenmärkten, nachdem sich eine Rückläufigkeit der Weltmarktpreise für die von diesen asiatischen Schwellenländern produzierten Güter einstellte. Da die Struktur der südostasiatischen „Tigerstaaten“ sehr ähnlich war, hatte dies einen „Dominoeffekt“ zur Folge. Prinzipiell zieht Schöttli folgende Schlüsse: Die Nachwirkungen der asiatischen Wirtschaftskrise sind noch nicht absehbar; risikoe erhöhend ist das Faktum, daß es in Asien keine sicherheitspolitische Infrastruktur wie WEU oder NATO gibt, die der europäischen vergleichbar wäre. Die durch die Rezession verursachten sozialen Probleme könnten in Asien jene Problemlagen wieder aktuell machen, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung und die Erhöhung des Lebensstandards hintangehalten wurden: Besonders problematisch sind ungelöste Grenz- und Minderheitenfragen und die Gefahr von Flüchtlingsströmen. Weiters zeichnet sich nach Schöttli aufgrund der beschränkten militärischen Kapazitäten Südostasiens ein Aufstieg Chinas zur entscheidenden Ordnungsmacht in diesem Raum ab, der die Kräfte der bisherigen Ordnungsmacht USA übersteigen dürfte. (Letztere Überlegung kann allerdings so nur in einer sehr langfristigen Perspektive akzeptiert werden.)

Die Sonderstellung Chinas ist darin gelegen, daß es aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur und Größe anderen Gesetzen unterliegt als die krisengeschüttelten „Tigerstaaten“, so die Analyse von Barbara Krug: „Es ist die Größe des vom Außenhandel relativ unabhängigen Binnenmarktes und die noch nicht vollständig vollzogene Integration in die internationale Arbeitsteilung, die es China ermöglicht, als Puffer zu wirken.“ Ein möglicher Faktor für die Instabilität Chinas könnte die Konkurrenz der einzelnen Provinzen um Investitionen, Steuerzahler und Finanzhoheiten sein. Für die Beziehungen Europas zu China betont Krug, daß China Europa als „verlässlicheren Partner ansieht als gemeinhin angenommen wird.“ Nach Krug sollte die europäische Politik gegenüber China keine „falschen Signale“ setzen, indem sie kritische Fragen wie Tibet, die Menschenrechte oder den Krieg am Balkan nicht thematisiert, da dies von China dahingehend rezipiert würde, daß Europa keinen unabhängigen Standpunkt vertritt.

Inwieweit die Problematik der Energiesicherheit zusätzliches Konfliktpotential (insbesondere) in Ostasien birgt, wird von Thomas Bernauer dahingehend beantwortet, daß er den optimistischen Prognosen von Vertretern des Liberalismus folgt, die davon ausgehen, daß marktorientierte Strategien am Energiesektor zu einer friedlichen Lösung dieser entscheidenden Frage führen werden. Gleichwohl verweist auch Bernauer darauf, daß das Fehlen von sicherheitspolitischen Strukturen in Ostasien ein großer Risikofaktor ist, der machtpolitischen Instrumenten entscheidenden Spielraum gibt. Dies ist auch der Grund, weshalb Vertreter des politischen Realismus davon ausgehen, daß Energiesicherheit auch durch militärische Maßnahmen angestrebt werden könnte. Die Prognose Bernauers ist deshalb nur als „vorsichtig“ optimistisch einzustufen.

Europas Wirtschaft hat durch den Zerfall Rußlands zweifellos Schäden erlitten. Das interessante Land ist mit einem (offiziell) etwa eineinhalbmal so großen BIP als Österreich heute zwar kein wirtschaftlicher Faktor (- obzwar ein Hoffungsland), aber doch für die sicherheitspolitische Situation Europas sowohl aufgrund seines Atomwaffenpotentials als auch seines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat der UNO immer noch von gewisser Bedeutung. Für Europa ist es deshalb von Bedeutung, wie die Entwicklung in Rußland verlaufen wird und wie diese (positiv) beeinflussbar ist. Christoph Royen tritt gegen die Vorstellung auf, daß westliche Regierungen keinen Einfluß auf eine zukünftige positive Entwicklung Rußlands nehmen könnten. Zwar bedürfe es aufgrund der bisherigen fragwürdigen Nutzung westlicher Kredite einer durchgreifenden Revision westlicher Rußlandpolitik, ebenso auch der Verabschiedung von herrschenden Tabus. Die „Gesundung“ Rußlands ist ohne materielle Beiträge des Westens nicht möglich - in Zukunft müßten diese jedoch konkreter Festlegung der Verwendungszwecke und Kontrollen bei Gebern und beim Empfänger unterliegen. Schulung russischen Personals in westlichen Betrieben und Behörden sowie die Entsendung von Wirtschaftsexperten und Verwaltungsfachleuten aus den osteuropäischen Transformationsstaaten, die das entscheidende Wissen über die Folgeprobleme des „alten Systems“ besitzen, wäre eine weitere konkrete Hilfestellung. Zwar sei eine westliche Bereitschaft, sich über Nothilfemaßnahmen hinaus auf einen Stufenplan zur Konsolidierung der russischen Wirtschaft einzulassen, ein Risiko, gleichwohl müsse dieses eingegangen werden - sollen nicht westliche Resignation und russische Verbitterung die weitere Zukunft Europas bestimmen. Der Beurteilung Royens, deren optimistischen Ansätzen viel Erfolg zu wünschen ist, kommt vor dem Hintergrund besondere Bedeutung zu, daß die sicherheitspolitischen Probleme, die Rußland selbst hat und kraft seiner Größe auch anderen bringen kann, nicht unterschätzt werden sollen - wie Heinrich Vogel in seinem Beitrag ausführt. Das Kernproblem sieht Vogel in der nach wie vor ungefestigten Staatlichkeit Rußlands, die Raum für das Anwachsen von organisierter Kriminalität bietet. Hinzu kommen als weitere Risikofaktoren das Problemfeld der unkontrollierten Weitergabe militärischer Technologie, Umweltschäden, welche bereits transnationale Auswirkungen erreicht haben, sowie Problemregionen wie z.B. der Kaukasus als Schwachstellen der inneren Sicherheit Rußlands. Die angeführten Sicherheitsprobleme zwingen nach Vogel die internationale Gemeinschaft zu einer vermehrten Kooperation mit Rußland.

Nicht nur auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion erfüllten sich jene Hoffnungen, welche mit dem Ende des Kalten Krieges eine friedliche Entwicklung verbanden, nicht – auch in Afrika sind diese Hoffnungen unerfüllt geblieben. Der Krieg in Kongo-Zaire gibt Christian F. Wehrschütz Anlaß, sich über die Gefahr eines Flächenbrandes Gedanken zu machen, der den Krisenherd Zentralafrika erschüttern könnte.

Interessante Abrundungen dieses Bandes bilden die Beiträge von Schenajev und Krendelsberger. Vladimir N. Schenajev, Mitglied der rußländischen Akademie der Wissenschaften, bewertet die Rolle des Euro im Weltwährungssystem. Bisherige Versuche weltumfassender Devisensysteme wie das Bretton-Woods-System und das Jamaika-System stützten sich auf den Dollar und seien somit proamerikanisch gewesen. In der Theorie wurden die Funktionen weltumfassender Währung schon vorweggenommen, mit der Einführung des Euro sei diese Idee aber erstmals konkret geworden. Schenajev vermutet, daß sich ähnliche international-regionale Währungen auch in anderen Weltgegenden etablieren könnten.

Theodor Krendelsberger schließlich verweist darauf, daß sicherheitspolitische Fragen für Standortentscheidungen von multinationalen Unternehmen eine entscheidende Wertigkeit haben. Der Wirtschaftsstandort Österreich könne dadurch beeinträchtigt werden, daß vor allem im angelsächsischen Bereich Österreich schon jetzt den Ruf einer „sicherheitspolitisch parasitären Nation“ genießt. Vor dem Hintergrund, daß vor allem amerikanische Militärs sehr enge Beziehungen zu den High-Tech-Firmen unterhalten, könnte diese Stimmung interessante Investorengruppen negativ beeinflussen, lautet die Schlußfolgerung Krendelsbergers.

Neben der Darstellung der unterschiedlichen Bewertungen der wirtschaftlichen Globalisierungsproblematik ist es - wie bereits eingangs angeführt - die Intention dieses Bandes, auf die vielfältigen und engen Zusammenhänge von Sicherheitspolitik und ökonomischen Problemlagen zu verweisen. Die einzelnen Beiträge mit durchaus divergierenden Fragestellungen und Lösungsansätzen bieten einen Einstieg in diese Thematik, die wohl zu den gewichtigsten Problemstellungen der näheren Zukunft gehören werden. Bleibt nur noch anzumerken, daß sämtliche Inhalte ausschließlich die Meinungen der einzelnen Autoren wiedergeben.

Für die Lektoratsarbeiten, die zur Fertigstellung dieses Sammelbandes notwendig waren, sei Prinz Friedrich von und zu Liechtenstein, Peter Meier-Bergfeld und Peter Jungmayer herzlichst gedankt; unser besonderer Dank gilt aber auch Frau Theresia Kainz für die Erledigung der umfangreichen technischen und organisatorischen Arbeiten.

Erich Reiter
Gerald Schöpfer